



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten  
für Pforzheim und den Enzkreis

## Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion Zweite Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat

**Bundeskanzlerin Angela Merkel erläuterte an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte.**

Europa ist nach ihrer Einschätzung unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet werden, der die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigen soll, die in die Schuldenkrise geführt haben. Merkel beteuerte, dass ihr eine Änderung der EU-Verträge lieber gewesen wäre, doch sei dies an dem Veto Großbritanniens gescheitert. Mit den Gipfelbeschlüssen sei „der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen“, sagte die Kanzlerin. Der Weg „wurde eingeschlagen, und wie ich glaube, unwiderruflich“, unterstrich Merkel. Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. „Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.“ Diese Fiskalunion beruhe auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen werde.

Die Staatsschuldenkrise in Europa ist nicht über Nacht entstanden. Sie lässt sich auch nicht von einem Tag auf den anderen beheben. Ihre Wurzeln sind vielfältig – wobei vor allem von der Verwässerung des europäischen Stabilitätspakts unter der Regierungsverantwortung von Rot-Grün eine außerordentlich fatale Wirkung ausging. Denn nachfolgend sah sich kein Land mehr an die Vorgaben des Stabilitätspaktes gebunden. Bis heute hat die EU-Kommission über 60 Verstöße festgestellt, aber nicht in einem einzigen Fall wurden auch Sanktionen beschlossen.

Daher ist es wichtig, dass jetzt nicht nur die Einführung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in den Euro-Mitgliedsländern beschlossen wurden, sondern zu dem automatische Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien greifen werden. Dies ist ein klares Signal an die Finanzmärkte, dass solides Haushalten in Europa keine Frage politischer Erwägungen ist, sondern zu einem unveränderlichem Grundprinzip wird.

Zu bedauern ist dabei, dass Großbritannien die Beschlüsse des Gipfels nicht mittragen wollte. Für Angela Merkel steht aber „außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird“ – etwa wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz gehe. Großbritannien habe außerdem ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwinde, sagte die Kanzlerin. Der britische Premierminister David Cameron hatte unter anderem im Gegenzug für seine Zustimmung zu einer Änderung der EU-Verträge verlangt, dass sein Land von den Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ausgenommen werde. Aber gerade in der Nicht-Regulierung der Finanzmärkte liegt der wesentliche Grund für die Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich heute in der Staatsschuldenkrise fortsetzt. Hier auf Regulierung zu verzichten hieße, aus den Fehlern der Vergangenheit nicht zu lernen und sehenden Auges auf neue Krisen zuzusteuern. Dem Wunsch der Briten konnte daher nicht entsprochen werden.

Das Paket von Brüssel trägt die Handschrift von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hat einmal mehr ihre Führungsstärke unter Beweis gestellt und ist ihrer europapolitischen Verantwortung gerecht geworden. Deutschland und Frankreich haben sich erneut als Motor der europäischen Integration erwiesen.

### **Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen**

An diesem Donnerstag wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz Staatengemeinschaft in Afghanistan (ISAF) in erster Lesung beraten. Der Antrag der Bundesregierung sieht dabei die Senkung der Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten vor. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses soll die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 reduziert werden, um 2014 den Einsatz in seiner bisherigen Form beenden zu können. Zudem unterrichtete Bundesaußenminister Guido Westerwelle in einer Regierungserklärung über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz, die in der vergangenen Woche in Bonn stattfand. Wie bereits vor zehn Jahren ist es gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen. Aus Bonn ging die Botschaft aus, dass Afghanistan beim zivilen Aufbau auch über 2014 hinaus auf Unterstützung aus Deutschland zählen kann. Das deutsche Engagement ist mit klaren Erwartungen an die afghanischen Partner verbunden, denn der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche „Fortschrittsbericht Afghanistan“ unerlässlich, den die Bundesregierung in dieser Woche zum zweiten Mal vorgelegt hat. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vor einem Jahr den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat. Diese umfassende Lageanalyse wird auch für die geplante Reduzierung der Zahl unserer Soldaten benötigt. Denn es muss klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Das Engagement der Bundeswehr kann nur so weit reduziert werden, wie die Afghanen die Lage in ihrem Land tatsächlich kontrollieren.

### **Durban – ein großer Erfolg für den Klimaschutz**

Heute erläuterte Bundesumweltminister Norbert Röttgen die Ergebnisse der Weltklimakonferenz. Hier wurde nach einem wahren Verhandlungsmarathon der Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten dieser Erde –

erstmalig ohne Ausnahme – geebnet: Bis zum Jahr 2015 wird ein neues Abkommen ausverhandelt, das im Jahr 2020 wirksam werden soll. Auch die USA und China wollen verbindliche Ziele zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mittragen. Dies gelang durch die Hartnäckigkeit der EU und insbesondere Deutschlands sowie durch ein Bündnis zwischen der EU und den am schwächsten entwickelten Staaten und kleinen Inselstaaten. Wichtige Fortschritte wurden in Durban zudem bei der Einrichtung des „Grünen Klimafonds“ erzielt, mit dem die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt werden sollen. Die in Deutschland beschlossene Energiewende und der rasche Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weisen zudem den Weg in eine weitgehend CO<sub>2</sub>-freie Form des Wirtschaftens.

### **Kinderschutzgesetz kann endlich in Kraft treten**

Nach einer langen Blockade durch die SPD-regierten Länder im Bundesrat konnte in dieser Woche beim neuen Kinderschutzgesetz endlich eine Einigung gefunden werden. Möglich wurde dies durch zusätzliche finanzielle Zusagen durch den Bund. Im Mittelpunkt stehen dabei „Familienhebammen“ und das „Netzwerk Frühe Hilfen“. Familienhebammen sind Hebammen mit einer psychologischen Sonderausbildung. Sie sollen Familien mit einem besonderen Hilfebedarf bis zu einem Jahr nach der Geburt des Kindes begleiten und ihnen zielgerichtete Unterstützung anbieten. Das Netzwerk Frühe Hilfen greift dort, wo Kleinkinder mit dem Gesundheitswesen in Kontakt kommen, also beispielsweise bei den Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U 10.

Allen Leserinnen und Lesern von „Berlin Aktuell“ wünsche ich bereits heute ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2012! Dies verbinde ich mit einem herzlichen Dankeschön für Ihre Unterstützung. Auch im nächsten Jahr werden ich Sie am Ende der Sitzungswochen des Deutschen Bundestages über aktuelle Themen aus Berlin informieren.

Ihr

